

# Kölnische Rundschau

FÜR CHRISTENTUM UND DEMOKRATIE

VERÖFFENTLICHT UNTER ZULASSUNG NUMMER 22 DER MILITÄRREGIERUNG

Redaktions- und Verlags: Köln, Breite Str. 70 — Fernspr.-Sammel-Nr. 70231 — Telegramme: Rundschau Köln — Erscheint: Dienstag, Donnerstag, Samstag — PSK Köln 150000 — Deutsche Bank — Sparkasse der Stadt Köln — Kfz-Sparkasse Köln

Verbreitungsgebiet: Der gesamte Regierungsbezirk Köln — Sonderausgaben für die Städte Köln und Bonn sowie für jeden Landkreis — Bezugspreis 2,— Mark je Monat einschließlich Botenlohn — Bei Postbezug zuzüglich Zustellgebühr

Nr. 70 — Jahrgang 3

Samstag, den 19. Juni 1948

Verkaufspreis 20 Pfg

## Reichsmark durch »Deutsche Mark« abgelöst

40 D-Mark Kopfgeld werden ausgezahlt - Währungsreform zerstört nur Illusionen - Grundlage des Wiederaufbaus

Sonntag, der 20. Juni, ist der „Tag X“

**Köln, 18. Juni. (Eig. Meldung)** Das „X“ hinter dem Tag, von dem ganz Westdeutschland seit Wochen spricht, hat seine Bedeutung als Unbekannte verloren: der kommende Sonntag ist der Stichtag der Währungsreform. Zwar sind noch immer nicht alle Schleier von Wert oder Unwert unserer alten Reichsmark hinweggezogen, aber gewiß ist, daß der erste Schritt auf einen hoffentlich soliden Boden der neuen Wirtschaft am Sonntag getan wird, wenn jedermann in den Westzonen die ersten 40 Mark der neuen Deutschen Mark, seine „Kopf-Quote“, in Empfang nehmen kann.

Es wird dann noch eine weitere Woche vergehen, bis ein neues Gesetz der Militärregierung endgültige Klarheit über das Schicksal unseres alten Geldes schaffen wird. Zunächst aber ist die große Unruhe beseitigt, und die Voraussetzungen sind geschaffen, daß wir mit unseren neuen Geldzeichen auch wieder den Begriff eines echten Zahlungsmittels verbinden können.

Am Freitagnachmittag gab Oberdirektor Dr. Pünder über den Rundfunk das Inkrafttreten der Währungsreform bekannt. Er betonte, daß die nun in Kraft tretenden Gesetze Militärgesetze sind, deren Inhalt uns Deutsche betreffe.

Mit großem Schmerz, so sagte Dr. Pünder, müssen wir davon Kenntnis nehmen, daß ein Besatzungsmächten nicht gelungen sei, eine Lösung zu finden, die für unser ganzes Vaterland gilt. Wir selbst hätten eine solche Teilung unseres Landes in zwei Währungsgebiete nicht gewollt und wir gäben auch die feste Hoffnung nicht auf, daß in nicht zu ferner Zukunft mit den Zonengrenzen auch die Verschiedenheiten der Währung ihr Ende finden.

Auch dieser Akt dürfe nur ein Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der deutschen Einheit sein.

„In diesem Sinne wollen wir die auf die drei Westzonen begrenzte Geldreform als die erste Gesundungsmaßnahme an dem noch zersplitterten deutschen Volkskörper ansehen“, sagte Dr. Pünder und betonte nochmals, die Währungsreform sei durch Militärgesetze verordnet worden. Dabei handele es sich nicht nur um die äußere Form, sondern auch um den sachlichen Inhalt.

Trotzdem gebe er in voller Übereinstimmung mit nächstbeteiligten deutschen Sachverständigen in bestimmtester Form der Zuversicht Ausdruck, daß die Währungsreform, so wie sie jetzt von den Besatzungsmächten beschlossen worden sei, eine geeignete Grundlage für den Wiederaufbau unserer Westzonen darstelle, wobei allerdings noch einige Voraussetzungen erfüllt werden müßten, die man für unerlässlich halte. Dabei denke er in erster Linie an die schweren Wunden am deutschen Volkskörper, die diese Währungsreform grausam sichtbar werden lassen; er denke an die alten Leute, die Sozialrentner, die nach einem langen, arbeitsreichen Leben heute nicht mehr in der Lage sind, zu arbeiten, oder auch an die zu Unrecht aus ihrer Heimat Vertriebenen und noch viele in ähnlichen Lagen, die außer dem Leben vielleicht nur ein Päckchen Geldscheine gerettet haben, das ihnen nun heute stark beschneit wird.

Viele dieser Landsleute würden glauben, die Währungsreform nehme ihnen etwas. Dr. Pünder betonte dazu: „Was die Währungsreform nimmt, was sie zerstört, das sind keine echten Vermögenswerte mehr gewesen, zerstört werden nur Illusionen. Wenn die Millionen deutscher Sparer in der nächsten Woche

über das endgültige Schicksal ihrer Spargelder aufgeklärt werden, dann mögen sie sich sagen: Diese Spargelder wurden vernichtet, als Adolf Hitler seinen verbrecherischen Krieg vorbereitete und führte, als er Hunderte von Milliarden deutschen Volksvermögens sinnlos vergebte.“

Die Währungsreform bringe zweifellos viel Kummer und viele Sorgen. Aber sie bedeutet die Rückkehr zur Ehrlichkeit, ohne die wir niemals ein vernünftiges wirtschaftlich und sozial befriedigendes Leben wiederaufbauen können.

### Rettung für ganz Deutschland

**Köln, 18. Juni. (Eig. Meldung)** Zur Proklamation der Geldreform durch die Militärregierungen erklärte Dr. Adenauer, in Stunden von entscheidender Bedeutung habe es keinen Zweck, nachdem die Würfel gefallen sind, Betrachtungen darüber anzustellen, wie die Würfel hätten geworfen werden sollen. Es gebe jetzt für jeden nur eines: Mit aller Kraft die Situation meistern.

„Jeder Deutsche muß alles, was er kann, tun, damit diese Währungsreform ein Erfolg wird.“

### Die wichtigsten Punkte des Währungsgesetzes

Die „Deutsche Mark“ tritt in den drei Westzonen an die Stelle der Reichsmark.

Das Umtauschverhältnis steht noch nicht fest.

Berlin ist in die Währungsreform nicht einbezogen.

In Gültigkeit bleiben vorläufig Noten und Münzen bis zum Nennwert von einer Reichsmark mit einem Zehntel ihres Wertes als Ersatz von Kleingeld.

Auszahlung der ersten Kopfquote von 40 D-Mark am Sonntag. Spätere Auszahlung von weiteren 20 D-Mark.

Allgemeiner Zahlungsaufschub für Schulden um eine Woche.

Einzahlungsfrist für Altgeld bei den Kreditanstalten bis zum 26. Juni.

Übergangshilfe für die Betriebe.

Steuerreform und Lastenausgleich folgen.

Wortlaut des Gesetzes, siehe Seiten 3 und 4.

### Geldreform soll Wendepunkt der Not sein

Wirtschaftsrat schuf Voraussetzung für die neue Wirtschaftsepoche

**JG. Frankfurt, 18. Juni. (Eig. Meldung)** Zum Abschluß der 18. Vollversammlung des Wirtschaftsrates gab Präsident Dr. Köhler am Freitagmorgen 5 Uhr die Erklärung ab, daß in fast 24 Stunden gesetzgeberischer Arbeit in die neue Epoche unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens geschaffen worden seien, die durch die Währungsreform eingeleitet und fundiert werden soll.

Mit dieser härtesten Währungsreform, die je ein Volk über sich habe ergehen lassen müssen, fielen die letzten Schleier von der Hinterlassenschaft des Naziregimes. Sie sei nicht das Ergebnis von Beschlüssen deutscher Instanzen. Der Lastenausgleich dagegen solle Sache der deutschen Institution sein. Durch ihn soll den Millionen Opfern des Krieges und des Naziregimes, aber auch dem Alten und Arbeitsfähigen im Rahmen des Möglichen Gerechtigkeit werden. Auf der anderen Seite sollen diejenigen, die den Lastenausgleich tragen müssen, in die Lage versetzt werden, ihren volks- und betriebswirtschaftlichen Funktionen nachkommen zu können. Im Namen aller Parteien des Hauses legte Präsident Köhler das Gelöbnis ab,

daß der Lastenausgleich im Sinne sozialer Gerechtigkeit durchgeführt werde.

Im gleichen Sinne äußerte sich die Fraktion der CDU. Alles müsse getan werden, um die Geldreform zu einem wirklichen Wendepunkt unserer Not werden zu lassen. Das sei nur möglich, wenn jeder seine Pflicht erfülle. Aufgabe der deutschen politischen Parteien aber sei es, sich mit allen Kräften für den Lastenausgleich einzusetzen.

### Soziale Wirtschaftspolitik als Ziel

**JG. Frankfurt, 18. Juni. (Eig. Meldung)** Die gesetzgeberische Arbeit des Wirtschaftsrates fand ihren Niederschlag im Gesetz, die unmittelbar auf die Währungsreform ausgerichtet sind. In den grundsätzlichen Fragen trafen die Gegensätze der parteipolitischen Anschauungen aufeinander, aber selbst der Fraktionsvorsitzende der SPD gestand zu, Professor Erhard sei „ein Mann, der eine gefestigte Überzeugung und eine geschlossene Theorie“ habe. Man muß Zeuge gewesen sein, wie der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Prof. Dr. Erhard, den Entwurf des Gesetzes über die neuen Leitsätze der Wirtschaftspolitik nach der Geldreform begründete, um die tiefe Verbundenheit dieses Mannes mit dem neuen Plan zu begreifen.

„Mit liberalen Methoden unverrückbar dem Ziel einer sozialen Wirtschaftspolitik zu dienen“, damit kennzeichnete er den Sinn dieser Leitsätze. Er versicherte, es werde niemand gelingen, ihn „auf einer unsocialen Wirtschaftspolitik zu ertappen“. Alle Parteien des Hauses waren sich darin einig, daß die bisher überstrapazierte Zwangswirtschaft abgeschafft werden muß.

### SPD und KPD lehnen ab

Eine Zeitlang schien es sich, als ob eine Einigung zwischen der von der Mehrheit des Hauses getragenen Auffassung des Direktors für Wirtschaft und der aus Furcht vor zu großer Machtübertragung an den Direktor und aus Sorge vor völliger Abkehr von jeder Planwirtschaft getragenen ablehnenden Haltung der SPD möglich sein werde. Aber dann stimmten SPD und KPD doch gegen den zwischen abgeänderten Entwurf, obschon in der Sitzung durch einen aus fünf Abgeordneten

Der demoralisierende Zustand der letzten Jahre war nicht weiter erträglich“, betonte Dr. Adenauer und fuhr fort: „Die ehrliche Arbeit bekam keinen ehrlichen Lohn. Schieber und Schwarzhändler führten ein parasitäres Leben auf Kosten breiter notleidender Bevölkerungskreise. Wenn man dem deutschen Volke, nachdem die Grundlage für den Wiederaufbau der Wirtschaft geschaffen ist, seitens der Alliierten die Möglichkeit gibt, seine Kräfte wirklich zu regen und frei zu entfalten, werden diese 40 Millionen Deutsche der Westzonen

### Das Gesicht der D-Mark

**Hamburg, 18. Juni. (dpd)** Das neue Geld hat äußerlich in Papier und Druck eine gewisse Ähnlichkeit mit den alliierten Geldscheinen. Auffallend ist, daß die Strafbestimmungen auf den Noten nicht aufgedruckt sind. Außerdem stellen mehrere verschiedenfarbige, auf die Noten verstreute „Sicherheitspunkte“ eine Neuerung dar.

Die Halbmarkscheine, Markscheine sowie die Zwei- und Fünfmarkscheine sind 6,5 mal 11 Zentimeter groß. Der Zwanzigmarkschein mißt 6,5 mal 15,5 Zentimeter, und der Fünfzigmarkschein 6,5 mal 15,1 Zentimeter, ist also vier Millimeter schmaler als der Zwanzigmarkschein. Sämtliche Noten haben die Wertangabe auf Vorder- und Rückseite in allen vier Ecken in Ziffern aufgedruckt. Außerdem ist die Wertangabe in Blockschrift auf der Vorderseite und teilweise auch auf der Rückseite angegeben. Auf einigen Scheinen ist die Wertangabe auch noch im Mittelfeld durch große Ziffern dargestellt.

die sichere Hoffnung haben können, nicht nur die Westzonen, sondern auch im Laufe der Entwicklung die Ostzone und Berlin zu retten und gleichzeitig die drohende Gefahr von Europa abzuwenden.“

### Währungsreform auch in der Ostzone?

**Paris, 18. Juni. (up)** Wie in Kreisen der französischen Regierung bekannt geworden ist, sollen die sowjetischen Besatzungsbehörden die Absicht haben, im Lauf der nächsten 48 Stunden in ihrer Besatzungszone Deutschlands gleichfalls eine Währungsreform durchzuführen.

### Vorschub für die Kopfquote

**JM Düsseldorf, 18. Juni. (Eig. Meldung)** Pensionären, die ihre Versorgungsdienststelle nicht erreichen können, Sozialversicherungsentnern, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sowie Unterstützungsempfängern wird im Notfall die für ihren Wohnsitz zuständige Zahlstelle des Wohlfahrtsamtes gegen Vorlage des Pensions-, Renten- oder Unterstützungsbekanntgebendes den zum Erwerb des Kopfgeldes benötigten Betrag zur Verfügung stellen. Es handelt sich hierbei um einen Vorschub, der in neuer Währung nach dem Umrechnungskurs zurückgezahlt werden muß und bei der nächsten oder übernächsten Zahlung einbehalten wird.

### Brot erst am Montag

**Frankfurt, 18. Juni. (dpd)** Die Freigabe des Lebensmittelverkaufs der dritten Dekade ist nach Mitteilung der Verwaltung für Ernährung den Landesernährungsämtern überlassen worden. Im Gegensatz zu dieser allgemeinen Regelung ist der Verkauf von Brot auf Abschnitten der dritten Dekade erst ab 21. Juni gestattet.

### Kreditgeschäfte im Einzelhandel

**Hamburg, 18. Juni. (dpd)** Nachdem im Hinblick auf die bevorstehende Geldreform in den letzten Tagen großer Ansturm auf noch verkaufsbereite Einzelhändler festzustellen war, gehen jetzt die ersten Einzelhandelsgeschäfte zu Kreditverkäufen, rückzahlbar nach der Geldreform, über. Bei den bisher beobachteten Kreditverkäufen lagen die Preise um etwa 50 v. H. über dem Vorkriegspreis. Auch der Schwarzmarkt hat sich bereits auf Kreditgeschäfte umgestellt. So waren beispielsweise am Donnerstag bereits in einzelnen Tabakläden deutsche Zigaretten für 50 Pfg. das Stück zahlbar nach der Geldreform, als Schwarzmarktzigaretten greifbar.

### Nutznieber der Geldreform-Panik

**Düsseldorf, 18. Juni. (Eig. Meldung)** Die Geldreform-Torschluß-Panik hat dunkle Elemente auf einen neuen Trick gebracht. Vor den Bahnhöfen von Köln, Aachen und Düsseldorf stehen Männer, die das Publikum ansprechen und ihnen auf Grund ihrer angeblichen Beziehungen zur Militärregierung und anderen einschlägigen Stellen Stellungen anbieten. Sie bringen die Interessenten bis vor das Zimmer des betreffenden Stellenvermittlers beim Arbeitsamt und lassen sich deren Papiere geben. Dann versuchen sie, mit den Papieren zu entkommen, um sie auf dem Schwarzmarkt zu Höchstpreisen zu verhandeln.

### Paris stimmt mit 8 Stimmen Mehrheit zu

Eine Entschliebung mit Vorbehalten — „Deutschland muß seinen Platz haben“

**Ko. Paris, 18. Juni. (Eig. Meldung)** Die leidenschaftliche Debatte in der französischen Nationalversammlung über die Londoner Deutschlandbeschlüsse endete, wie vorauszusehen war, mit einer schwachen Mehrheit für die Regierung. Die von den Regierungsparteien eingebrachte Resolution wurde mit 297 gegen 289 Stimmen angenommen.

Allein aus dieser Tatsache geht hervor, wie stark hier die Opposition gegen die Londoner Empfehlungen ist, und wie große Bedenken dagegen auch in den Kreisen bestehen, die bisher trotz mancher Meinungsverschiedenheiten auf innerpolitischem Gebiet die Regierungspolitik unterstützt haben.

In der Resolution wird zwar hervorgehoben, daß die Londoner Beschlüsse einen Fortschritt bedeuten und bis zu einem gewissen Grad dem französischen Standpunkt Rechnung tragen; gleichzeitig wird jedoch die Regierung aufgefordert, bei den weiteren Verhandlungen über die praktische Anwendung der Londoner Empfehlungen gewissen Vorbehalten Rechnung zu tragen, die zweifellos eine schwere Hypothek für die Fortführung der Deutschlandpolitik der Regierung bedeuten.

In der der Abstimmung unmittelbar vorausgegangenen Debatte beschwor Außenminister Bidault noch einmal die Nationalversammlung, es unter keinen Umständen zu einem Bruch

kommen zu lassen. Die Regierung werde sich bemühen, Besserungen zu erreichen. Das Interesse Frankreichs und des Friedens erforderten jedoch die Fortsetzung des engen und freundschaftlichen Kontaktes mit den Alliierten.

### Rücktritt Bidaults gefordert

**Paris, 18. Juni.** Die auf dem rechten Flügel der Radikalsocialisten stehende „Aurore“ forderte am Freitag den Rücktritt Bidaults, weil von den Verhandlungen über Deutschland das Schicksal Frankreichs abhängen werde, und Frankreich bei diesen Verhandlungen durch einen Mann vertreten sein müsse, der im Lande über eine ausreichende Resonanz und Autorität verfüge, was bei Bidault nicht mehr der Fall sei. In politischen Kreisen der französischen Hauptstadt werden als mutmaßliche Nachfolger der frühere Ministerpräsident Reynaud und der jetzige Finanzminister Mayer genannt. (nach dpd, wp)